

4 APR 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XVIII/66

Bonn, den 4. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Das Bündnis mit der Sozialdemokratie ----- Jungwähler befürworten Versachlichung der Politik	43
2	Reisediplomatie ----- Zu Stevensons Europareise	38
3 - 4	Die Schlacht gegen Staub und Gas ----- Duisburg gibt ein Beispiel	67
4	Notwendige Erinnerung ----- Vor 15 Jahren trat der Marshall-Plan in Kraft	21
5 - 6	"Gagner, Missiggänger und Meckerer" ----- In Moskau und Prag werden sie aufs Korn genommen Von Rudolf Hornig	69

 Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Bündnis mit der Sozialdemokratie

Jungwähler befürworten Versachlichung der Politik

sp - Schon die ersten Analysen der Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz zeigen, daß Neu- und Jungwähler der Sozialdemokratie vor allen anderen Parteien den Vorzug gegeben haben. In Berlin konnte man die gleiche Beobachtung machen, wie überhaupt seit der Bundestagswahl 1961 alle nachfolgenden Wahlen zu den Landtagen und den Parlamenten der Stadtstaaten eindeutig zeigen, daß die junge Generation in der Bundesrepublik das Bündnis mit der Sozialdemokratie sucht und findet.

Dieser Trend ist auch ausländischen Beobachtern aufgefallen. In zahlreichen bekannten Publikationsorganen des Auslandes findet man seit einigen Tagen den Hinweis darauf, daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zum ersten Male deutlich den Akzent einer Generationenablösung erkennen läßt. Wenn es sich bei diesen ersten Stellungnahmen vorläufig auch nur um die Darstellung von subjektiven Eindrücken handelt, so ist doch damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit diesen Trendanzeigen noch genauere Untersuchungen folgen werden.

Analysen dieser Art lagen schon bald nach der Bundestagswahl 1961 vor. Sie besagten übereinstimmend, daß die Nachkriegsgeneration in Deutschland in zunehmendem Maße die Versachlichung in der Politik sucht, ideologische Auseinandersetzung ablehnt und vor allem den Wahrheitsgehalt einer bestimmten Politik erkennen will.

Während früher gelegentlich als höchstes Lob für einen Politiker die Bemerkung zu hören war: "Er ist ein schlauer Fuchs", oder "Er hat die anderen rangekriegt", stößt diese Methode des "Politikmachens" ganz offensichtlich auf Widerstand bei jungen Menschen.

So war auch im Landtagswahlkampf Rheinland-Pfalz erkennbar, daß besonders junge Menschen mit erstaunlicher Sachkenntnis in die Diskussion eingriffen. Beachtlich ist hierbei die Feststellung, daß sich in der jungen Generation ein zunehmender Widerstand gegen die einseitige Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens zeigt. Neuwähler, nach ihrer Einstellung zu diesen Problemen befragt, befürworteten das Bestreben, dem Grundanliegen christlicher Ideen auch im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen, lehnten aber entschieden die Konfessionalisierung der Politik ab.

Bemerkenswert ist der Zug zum Pragmatismus, durch den sich die junge Generation auszeichnet. Sie fragt weniger als ihre Väter und Großväter, von welcher Seite dieser oder jener Vorschlag kommt, sondern vielmehr, ob er sinnvoll und erfolversprechend ist.

Ebenso bedeutsam ist die Aufgeschlossenerheit der jungen Generation gegenüber dem sozialdemokratischen Bemühen "Das große Gespräch" mit den Bürgern zu führen. Unter diesem "Großen Gespräch" versteht man den ständigen Gedankenaustausch mit dem Ziel der Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes und damit der Festigung der deutschen Demokratie.

Zu Stevensons Europareise

Der - Nicht leicht wiegt das Sorgegepäck, das der amerikanische Sonderbotschafter bei den Vereinten Nationen, Stevenson, auf seiner Europareise, die ihn in die wichtigsten europäischen Hauptstädte führte, mitnahm. Schwerwiegende Gründe müssen der amerikanischen Präsidenten Kennedy bewogen haben, einen seiner engsten Berater nach Europa auf eine Sondierungstournee zu entsenden. Die amerikanische Europapolitik hat durch das Nein de Gaulles zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einen Rückschlag erfahren. Dazu kommt Frankreichs Ehrgeiz, selbst eine Atommacht zu werden. Einige von den amerikanischen Befürchtungen wurden auf der Bonner Pressekonferenz Stevensons deutlich.

Noch weiß niemand, wie sich der Wunsch mancher europäischer Staaten, bei der Entscheidung über die Nuklearstrategie mitbeteiligt zu sein, verwirklichen lassen wird. Die multilaterale NATO-Atommacht ist vorläufig noch ein Traumprodukt. Zwar anerkennen die USA die Berechtigung der Europäer, in Fragen von Leben und Tod ihr Wort mitzusprechen, doch ist noch kein Weg sichtbar, der zur Harmonisierung europäischer Wünsche und amerikanischer Zielsetzungen führt. Die idealste Lösung wäre ein einziges Europa, das mit e i n e r Stimme spricht - aber diese Lösung scheidet wohl für lange Zeit noch aus. Ein Hauptpunkt aller amerikanischen Überlegungen bleibt das Bestreben, die Zahl der Kernwaffenbesitzenden Mächte auf einem Mindestmaß zu halten. Die USA können wohl Frankreich als eine Miniaturatommacht noch, wenn auch widerwillig, hinnehmen, doch unerträglich ist ihnen der Gedanke, daß Atomwaffen zur nationalen Verfügung mehrerer Staaten stehen. Wie kann dann noch bei einer Vielzahl von Atomwächtern eine kontrollierte und effektive Abrüstung, von der die Zukunft der Menschheit abhängt, wirksam sein? Kein denkbares Kontrollsystem würde in einem solchen Fall ausreichen, die Gefahr von Zufällen, Fehleinschätzungen und Verantwortungslosigkeit auszuschließen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Hoffnungen, mit der Sowjetunion zu einem für beide Seiten annehmbaren Abkommen über die Abrüstung zu kommen, nicht aufgegeben - trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge.

Die NATO kann auf die Dauer nur bei einer Identität aller Interessen ihrer Mitglieder bestehen bleiben. Wer den inneren Zusammenhang dieses Verteidigungsgebändnisses durch Sonderbündeleien gefährdet, zerstört die Grundlage seiner eigenen Sicherheit und die Sicherheit der anderen. Ist diese Einsicht Gemeingut aller? Man muß es verneinen. Stevenson sagte es nicht so, doch unüberhörbar klang es in seinen Worten durch: die Reisen deutscher Diplomaten nach den USA haben die amerikanische Sorge über die möglichen Auswirkungen des deutsch-französischen Abkommens zwar gemildert, aber nicht beseitigt. Hier fällt dem Bundestag eine große Verantwortung zu. Es gilt, bei der Ratifizierung des Pariser Vertrages Sicherungen einzubauen, die über jeden Zweifel klar machen, daß dieser Vertrag nicht gegen die übergeordneten Zielsetzungen der EWG und der NATO verstößt oder dagegen mißbraucht werden kann. Das Pariser Abkommen darf nicht zu einer europäischen Tragödie werden. Diese darf nicht stattfinden, das gebietet schon unser Wille zur Selbsterhaltung. Das hohe Lob, das Vizepräsident Erhard und Außenminister Schröder wegen ihres letzten Auftretens in Brüssel zuteil wurde, wäre köstlich, würde die Partei, der sie angehören, sich einer solchen Klarstellung, auf die unsere Verbündeten warten, verschließen.

Die Schlacht gegen Staub und Gas

Duisburg gibt ein Beispiel

E. Sch. - Die Hausfrau, die morgens ihre Wäsche auf die Leine im Garten oder auf dem Balkon hängt und mittags schwarze, statt blütenweiße Hemden in die Wohnung holt, wird in wenigen Jahren vielleicht schon der Vergangenheit angehören. Dann nämlich, wenn jener Kampf gegen die Luftverunreinigung erfolgreich beendet sein wird, den Duisburg seit Jahren pionierhaft für alle übrigen Großstädte mit besonderer Energie führt. Im Duisburger Raum ist immerhin ein Drittel der deutschen Eisen- und Stahlindustrie konzentriert, deren Schöte Tag und Nacht, braunen, schwarzen und weißen Rauch abstoßen. Hier ist der richtige Ort für energische Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung.

Bisher größte Untersuchung

Kürzlich konnte die Stadt das Ergebnis der bisher größten europäischen Untersuchung über Luftverschmutzung vorlegen. Es handelt sich um eine Untersuchung, die von vier namhaften Instituten der Bundesrepublik, darunter dem Institut für Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes, in Duisburg vorgenommen worden war. Zum erstenmal wurde festgestellt, wo Gefährdung und Schädigung von Mensch, Tier und Pflanze beginnen. Fast 800 Meßstellen waren für ein Jahr zur Registrierung des Staubniederschlags eingerichtet worden. 200 Meßstellen arbeiteten für die Bestimmung des Schwefeldioxydgehaltes. Hinzu kamen biologische Untersuchungen über die Vegetationsschäden sowie Blattanalysen auf Schwefel und Fluor.

Alarmierende Ergebnisse

In jenen Stadtteilen, wo die Stahlwerke arbeiten, wurden Staubniederschläge von 50 Gramm je Quadratmeter und Monat gemessen. Die Grenzwerte für Staubniederschläge in Industriegebieten liegen aber bereits bei 30 Gramm Belastung je Quadratmeter und Monat. Ein anderes Untersuchungsergebnis besagt, daß Schwefel- und Fluorverbindungen zu den wesentlich Luftverunreinigungen im Stadtgebiet von Duisburg zählen. Im Frühsommer des vergangenen Jahres machten die Kleingärtner im Stadtteil Hochfeld eines Morgens eine erschreckende Feststellung: Über Nacht hatten die Bäume ihre Blätter verloren. Schuld daran waren überaus starke Fluoridmissionen während der Nacht.

Die konsequente Haltung der Duisburger Stadtverwaltung unter ihrem Oberstadtdirektor Bothar (SPD) und des Stadtparlaments mit Oberbürgermeister August Seeling (SPD) allen Luftverschmutzern gegenüber fand bei Regierungspräsidenten und schließlich auch bei der Landesregierung Anerkennung und Unterstützung.

Pflichtauflagen für Stahlindustrie

Auf diese Haltung ist zum Beispiel die Verschärfung der Bestimmungen für die Betriebsaufnahme neuer Produktionsanlagen in der Stahlindustrie zurückzuführen, die erst kürzlich mehreren Unternehmen der Stahlindustrie bekanntgemacht wurden. So werden künftig alle Genehmigungen

für die Betriebsaufnahme neuer Stahlgewinnungsanlagen davon abhängig gemacht, daß die vorhandenen alten Konverter entweder mit neuen Entstaubungsvorrichtungen ausgestattet oder aber stillgelegt werden. Die Bevölkerung in Duisburg, wo zum ersten Mal diese Bestimmungen praktiziert werden, ist zusammen mit den Bewohnern des ganzen Ruhrgebietes für diese Haltung dankbar und hofft, daß tatsächlich in einigen Jahren der braune Rauch der Thomas-Werke verschwinden wird.

Zwei Werke der Duisburger Stahlindustrie haben aus der festen Haltung der Stadt, des Regierungspräsidenten und des Landes die Konsequenzen gezogen. So soll das Stahlwerk Huckingen der Mannesmann-Gesellschaft ab Ende 1967 staubfrei arbeiten. 1968 wird das neue Blasstahlwerk in Huckingen, das gegenwärtig im Bau ist, den Betrieb aufnehmen. Zwei der fünf älteren Thomas-Konverter werden sofort nach Inbetriebnahme des Blasstahlwerkes stillgelegt. Die restlichen folgen innerhalb von zwei Jahren. In Huckingen wird seit einiger Zeit erfolgreich mit einer neuen Entstaubungsanlage für Hochöfen experimentiert. Die Phoenix-Rheinrohr-Gesellschaft wird das aus dem Jahre 1884 stammende alte Thomas-Stahlwerk in Ruhrort in absehbarer Zeit stilllegen, wenn die neuen in Ruhrort im Bau befindlichen Konverter in Betrieb sind.

Der Anfang ist gemacht

Ähnlich scharf wie gegenüber der Stahlindustrie ist man jetzt auch gegen Schwefelsäurefabriken, von denen eine hundertprozentige Reinigung der Abgase von Schwefeldioxyd verlangt wird.

Die Stadt Duisburg will sich mit diesen Erfolgen jedoch keineswegs zufriedengeben. Die Untersuchungen der Luft werden mit städtischen und mit Landesmitteln fortgesetzt und werden sich auch auf die Verunreinigung durch Kraftfahrzeuge ausdehnen. Gewiß, es wird noch einige Zeit vergehen, bis der "blaue Himmel" über der Ruhr Wirklichkeit werden wird. Der Anfang aber ist gemacht, und man sollte Duisburg für seinen Anteil daran dankbar sein.

+ + +

Notwendige Erinnerung

sp Vor 15 Jahren ist der Marshall-Plan in Kraft getreten, er kostete die Amerikaner rund dreizehn Milliarden Dollar und rettete das durch den zweiten Weltkrieg verwüstete Europa. Amerikanische Großzügigkeit und europäische Vitalität, zwar angeschlagen, aber nicht gebrochen, verbanden sich zu einer großartigen Symbiose. Der Dollarsegen setzte Energien frei, gab den erschöpften Völkern neue Hoffnung, mobilisierte die inneren Reserven Europas und bewirkte einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn die moderne Geschichte nicht kennt. Was Europa heute ist, verdankt es der wirtschaftlichen Opferbereitschaft der USA und jenem General, der schon als Sieger des zweiten Weltkrieges Gewaltiges leistete, dessen Taten für den Frieden aber noch schwerer wiegen. Dank dem Eintreten der USA-Gewerkschaften, die wiederum durch Kurt S o h u m a c h e r über die deutsche Misere gut unterrichtet waren, floß ein beträchtlicher Teil der Gelder aus dem Marshall-Plan in die Bundesrepublik, eine Investition, die glänzende Früchte trug. Aber auch die Völker neigen zum Vergessen oder lassen sich nicht gern daran erinnern, daß sie ihr Leben der Hilfe anderer zu verdanken haben. Undankbarkeit geziemt indessen den Deutschen nicht. Jener Tag vor 15 Jahren, an dem der damalige Präsident Truman den Plan unterschrieb, gehört zu den bedeutungsvollsten in der Neuzeit, legte er doch zugleich die Grundlage für ein Bündnis, dem wir unsere Freiheit und Sicherheit verdanken.

+ + +

Gauner, Müssiggänger und Meckerer

In Moskau und Prag wurden sie aufs Korn genommen

Von Rudolf Hornig

Eine Stelle aus der Rede Chruschtschows vor der Planarversammlung des Zentralkomitees der KPdSU, die im offiziellen Wortlaut der Rede bisher nicht in dieser Schärfe zu finden war, wurde jetzt von der Moskauer Wochenzeitung "Neues Leben" einem Leserbrief vorangestellt, der sich mit schweren Fehlern bei Wohnbauten im Gebiet der kasachstanischen Bergwerkstadt Karaganda beschäftigte. Chruschtschow hatte in seiner Rede einen Teil der Saboteure beim Aufbau mit folgenden Worten aufs Korn genommen: "Nur mit der tatkräftigen Hilfe der Arbeiter, der Kolchosbauern, der Geistesschaffenden und der öffentlichen Organisationen können wir sämtliche Türen und Türchen für Gauner, Empfänger von Bestechungen, Müssiggänger und Bürokraten zuschlagen". Es kann bei dieser Formulierung nicht übersehen werden, daß sich Chruschtschow auf die Mithilfe der Sowchosen (der Staatsgüter) nicht verlassen will. Er wird wissen, warum.

Baugelder vergeudet

Im Leserbrief aus der Industriegemeinde Abai bei Karaganda weiß ein Bau-Brigadier zu berichten, daß die Bauverwaltung des Trustes Schachtshilstroj (Kombinat Karaganda-Schachtostroj) vieles jahraus, jahrein falsch macht und damit Baugelder vergeudet. So werden Erdarbeiten im Winter ausgeführt, wenn für einen Kubikmeter ausgehobener (gefrorener) Erde 2,60 Rubel zu zahlen sind, während die Sommersätze nur 50 bis 60 Kopeken betragen. Bei drei Häusern, die jetzt in Angriff genommen wurden, beträgt diese Vergeudung bereits 7.000 Rubel, wobei im Winter die Arbeit langsamer vor sich geht und auch die Qualität der Fundamente bedeutend schlechter sei. Ferner sei es Regel, daß die Installateure erst dann kommen, wenn der Ausbau fertig sei. Es werde der Verputz wieder abgeschlagen und der Fundamenten beschädigt. Bei einem Großplattenhaus mit 80 Wohnungen heizten bereits 30 Personen täglich die Öfen (Monatslohn für die Heizer 1.800 Rubel), ohne daß die Installateure bisher erschienen wären. Sobald sie kommen, müssen zuerst ihre Spuren beseitigt werden, worauf man mit dem Ausheizen und Trocknen nochmals beginnen kann.

"Da kann man leicht den Plan erfüllen"

Beim Prager Parteitag kam diesmal das Ostrauer Steinkohlentrevier, das dem Prager Regime seit Jahren schwere Sorgen macht, in einer Rede des Parteitage delegates Ladislav Karasek vom Schacht Eduard Urx in Ostrau zu Wort, der den Ärger seiner Kollegen nicht scheute, als er zur Beseitigung der Schwierigkeiten in der Wirtschaft empfahl: "Vor allem dürfen wir unsere Arbeit nicht nur für

das Geld und die Prämien tun, sondern zum Vorteil der ganzen Gesellschaft". Das Kollektiv Karaseks hatte im Nebenschacht Lidice ausgeholfen, weil dort der Förderplan nicht erfüllt wurde: "Wir gingen auf einen anderen Arbeitsplatz, obwohl dadurch unser Verdienst um 300 bis 500 Kcs monatlich geringer war". Dieser Eifer fand jedoch wenig Anklang, denn Karasek mußte zu berichten: "Dabei mußten wir noch oft solche Reden hören wie 'Da kann man den Plan leicht erfüllen, wenn man die besten Arbeitsplätze bekommt'. Wir aber hatten schlechte Arbeitsbedingungen ..." - nur glaubte man es ihm offenbar nicht.

"Ich möchte einige Zeitungsleute ersuchen ..."

Das Ostrauer Revier scheint in der Öffentlichkeit und sogar in der Publizistik der Tschechoslowakei keine "gute Presse" zu haben. Karasek nahm sich kein Blatt vor den Mund und drückte das so aus: "Ich möchte auch gerne einige Mitbürger und besonders einige Zeitungsleute ersuchen, zu uns zu kommen und sich bei uns unter der Erde davon zu überzeugen, wie die Dinge stehen, bevor sie Nachrichten verbreiten, dass uns der Atem ausgeht". Von Karasek kann noch gesagt werden, dass er der Leiter der Jugendbrigade auf dem Schacht Eduard Urz ist und dass sein Kollektiv schon 1960 den Titel einer "Brigade der sozialistischen Arbeit" erhalten hat. Umso mehr scheint es ihn zu ärgern zu haben, dass ihm die Belegschaft im Schacht Lidice mit Mißtrauen entgegenkam und dass sogar "Zeitungsleute" mit den Förderleistungen des Ostrauer Reviers nicht zufrieden sind.

Viel zu viel Verwaltung

Die Arbeit "nur für Geld und Prämien", der Karasek entsagen will, hat offenbar im ganzen Ostblock ihre Nachahmer. Solche "Gaulner und Müsiggänger" gibt es zum Beispiel in der Kolchose "Peramoga" im Gebiet von Brest. Die Kolchose hat nur 2.490 Hektar Ackerland, dafür aber 47 Verwaltungsangestellte. In der Brettsäge wurde für sechs Arbeiter ein eigener Leiter eingesetzt.

Auf seiner Farm der Kolchose mit 11 Melkerinnen wird ein bezahlter Stellvertreter des Brigadiers benötigt, der lediglich die Milch abnimmt. Gelobt wird dagegen die Produktionsverwaltung Belaja Zerkow im Gebiet von Kiew, die im vergangenen Jahr bei 67 Kolchosen den Verwaltungsapparat um 1.760 Personen (!!) oder 35 Prozent eingeschränkt und damit allein in vier Monaten mehr als 300.000 Rubel eingespart hat.

Wie man sieht - die Jagd nach den "Gaulnern und Müsiggängern" hat begonnen.

+ + +